

Kleinere Kleinstädte, schrumpfend (G4.3)

Zahl der Kommunen, die diesem Typ zugerechnet werden: 368 (von 2.930)

Strukturelle Merkmale des Gemeindetyps

Kleinstädte sind Gemeinden eines Gemeindeverbandes oder einer Einheitsgemeinde mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohner:innen oder mindestens grundzentraler Funktion. Bei kleineren Kleinstädten handelt es sich um die Gruppe der Kleinstädte mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohner:innen in der Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder einer Einheitsgemeinde.¹

Zur Klassifizierung der Städte und Gemeinden in eine wachsende, stabile oder schrumpfende demographische und wirtschaftsorientierte Entwicklung werden die folgenden sechs Indikatoren durch Bildung des geometrischen Mittels, Einteilung in Quintile und Übersetzung der Quintile in ein Punktsystem bewertet:²

- Ø jährliche Bevölkerungsentwicklung von 2012 bis 2017 in %
- Ø jährliches Gesamtwanderungssaldo von 2013 bis 2017 je 1.000 EW
- Ø jährliche Entwicklung der nach Alter Erwerbsfähigen (20 bis 64 Jahre) von 2012 bis 2017 in %
- Ø jährliche Entwicklung der SvB am Arbeitsort von 2012 bis 2017 in %
- Ø jährliche Veränderung der Arbeitslosenquote von 2011/12 bis 2016/17 in %-Punkten
- Ø jährliche Entwicklung des Gewerbesteuergrundaufkommens je EW von 2011/12 bis 2016/17 in %

Im Maximum kann eine Stadt oder Gemeinde 24 Punkte erzielen, im Minimum 0 Punkte. Dabei ist zu beachten, dass aus Bedeutungs- und Reliabilitätsgründen die drei demographischen Indikatoren (Bevölkerungsentwicklung, Gesamtwanderungssaldo und Entwicklung der nach Alter Erwerbsfähigen) doppelt so stark gewichtet werden wie die drei wirtschaftsorientierten Indikatoren (Entwicklung des SvB am Arbeitsort, Veränderung der Arbeitslosenquote und Entwicklung des Gewerbesteuergrundaufkommens).

Schrumpfende Entwicklung bzw. überdurchschnittlich schrumpfende Entwicklungsrichtung bedeutet, dass es sich um Städte oder Gemeinden handelt, deren sechs verschiedene Wachstums-/Schrumpfungskennzahlen im unteren Bereich liegen (Punktzahl 0 bis 10), d.h. im Zeitraum von 2012 bis 2017 haben die Indikatoren (stark) ausgeprägte Schrumpfungstendenzen gezeigt.

Relative SDG-Profilstärken

SDG 1 / Keine Armut: Der Typ „Kleinere Kreisstädte, schrumpfend“ erzielt bei den Indikatoren für das SDG 1 durchweg vergleichsweise positive Ergebnisse. In Städten oder Gemeinden, die diesem Typ angehören, gibt es relativ wenig Empfänger:innen von Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII. Ebenso weisen Städte bzw. Gemeinden dieses Typs vergleichsweise geringe Werte in den Bereichen Kinder-, Jugend- und Altersarmut auf.

SDG 4 / Hochwertige Bildung: Für das SDG 4 zeichnet sich dieser Typ durch einen besonders hohen Anteil von unter 3-jährigen Kindern, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden, aus.

SDG 5 / Geschlechtergleichstellung: Verhältnismäßig gleiche Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern wirken für diesen Typ positiv auf die Erreichung der Ziele des SDG 5.

SDG 11 / Nachhaltige Städte und Gemeinden: Typisch für einen schrumpfenden Raum zeichnet sich dieser Typ durch eine vergleichsweise geringe Flächeninanspruchnahme und Flächenneuanspruchnahme aus. Zudem gibt es bei diesem Typ einen relativ hohen Anteil an Naherholungsflächen.

SDG 15 / Leben an Land: Bei den Indikatoren für das SDG 15 erzielen die kleinen schrumpfenden Kleinstädte ein aus Nachhaltigkeitsperspektive besonders positives Ergebnis für den Anteil an unzerschnittene Freiflächen.

¹ Vgl. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html>

² vgl. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2015/DL_12_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (S.8ff.)

Spezifische SDG-bezogene Herausforderungen

SDG 9 / Industrie, Innovation und Infrastruktur: Der Stadt- bzw. Gemeindetyp zeichnet sich durch einen relativ geringen Anteil an Hochqualifizierten, der noch dazu vergleichsweise stark rückläufig ist, aus.

SDG 11 / Nachhaltige Städte und Gemeinden: Die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner:in fällt in Gemeinden, die diesem Typ angehören, eher hoch aus. Dies ist aus Nachhaltigkeitsperspektive als negativ zu bewerten.

SDG 16 / Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen: Sowohl der Finanzmittelsaldo als auch die Steuereinnahmen fallen für diesen Stadt- bzw. Gemeindetyp vergleichsweise negativ aus. Dies stellt ein typisches Merkmal für schrumpfende Räume dar. Allerdings ist der Finanzmittelsaldo von 2008 bis 2017 stärker verbessert als anderenorts.

Handlungsempfehlungen

Größere Kleinstädte, deren Bevölkerung, Wirtschaft und/oder finanzielle Ressourcen schrumpfen, haben grundsätzlich schlechtere Voraussetzungen als viele Kommunen anderer Typen, um Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung zu bewältigen. Die individuellen Voraussetzungen können dabei jedoch durch weitere strukturelle und historisch bedingte Faktoren stark variieren. Um die betroffenen Kommunen in Zukunftsfragen zu unterstützen, bedarf es oftmals der Hilfe in Form von finanziellen Mitteln und Steuerungsmöglichkeiten sowie rechtliche Rahmenbedingungen und Standards der übergeordneten Ebenen. Ist eine Trendumkehr unausweichlich, sollte vor Ort versucht werden, die Schrumpfung im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Dazu gehören insbesondere der gesellschaftliche Umbau, der mit Dorfmanagern, Zukunftsdialogen und weiteren Beteiligungsprozessen aktiv gesteuert werden kann, sowie die Reduzierung des Gebäudeüberhangs durch Leerstand, dem mit Zwischennutzungen oder Rückbau begegnet werden sollte. Dem Bevölkerungsschwund in schrumpfenden Kommunen folgt in der Regel kein angemessener Rückgang der bebauten Umwelt, wodurch sich jedoch vielfältige Chancen für die ökologische Nachhaltigkeit ergeben, auf die wiederum Bedeutungsgewinne in den Bereichen Naturschutz, Tourismus, Energieversorgung und letztlich auch Wohnattraktivität folgen können.

Empfehlung: Mit interkommunaler Kooperation aus der Vergeblichkeitsfalle des Haushalts

Die Finanz- und Haushaltsslage von kleineren schrumpfenden Kleinstädten stellt sich aufgrund der ungünstigen soziodemographischen Rahmenbedingungen im Vergleich zu anderen Kommunaltypen eher negativ dar. Auch wenn die Dynamik des Finanzmittelsaldos im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahren sich eher positiv entwickelt hat, so ist doch die Varianz zwischen den Städten dieses Kommunaltyps – insbesondere mit Blick auf die Steuereinnahmen und die Bestände an Liquiditätskrediten – erheblich. Ursächlich hierfür dürfte verschiedene, sich selbstverstärkende Negativeffekte, wie demographische Bevölkerungsverluste, schrumpfende Wirtschaftsleistung, sinkende Steuereinnahmen und geringere Investitionen sein. Um die fiskalischen Spielräume der kleineren schrumpfenden Kleinstädte wieder zu verbessern, bedarf es deshalb detaillierter Einzelanalysen, um die jeweiligen Stärken und Schwächen berücksichtigen zu können, und um mittel- und langfristige Strategien für die Ausgaben- und Einnahmenseite zu entwickeln.

Gerade schrumpfende Kommunen sollten intensiv Formen der interkommunalen Kooperation prüfen, um durch die Hebung entsprechender Synergieeffekte mittel- und langfristige Einsparpotenziale zu erzielen, ohne dabei die zu gewährleistende Bürgernähe über Gebühr einzuschränken. Dazu sind vertragliche Formen in Gestalt von Zweckvereinbarungen und Arbeitsgemeinschaften oder institutionalisierte Formen der interkommunalen Kooperation (z.B. durch Gründung einer gemeinsamen Einrichtung, welche spezifische Aufgaben übernimmt) als öffentlich-rechtlicher Zweckverband oder privatrechtlich als AG, GmbH oder Genossenschaft denkbar.

Auch wenn es in schrumpfenden Kommunen immer schwierig ist, sollten auch Kleinstädte dieses Typs ihre Bemühungen zur Ansiedlung von Unternehmen intensivieren, um auf diese Weise einer weiteren demographischen Schrumpfung entgegenzuwirken und perspektivisch ein nachhaltigeres Wirtschaftswachstum zu fördern und entsprechende Steuermehreinnahmen zu generieren. Insbesondere an die Gründungsförderung von Klein- und Kleinstunternehmen – auch aus dem Bereich der urbanen Produktion und Manufakturen – wäre hier zu denken.

Als eine ebenfalls mittel- und langfristige Investition in die Stabilisierung des eigenen Haushalts kann sich eine breite Förderung des Klima- und Umweltschutzes erweisen, bei der durch ein Zusammenspiel aus stadt eigenem Klimaschutzmanagement, der Wirtschaftsförderung und der Kämmerei vor allem auf eine öffentlichkeitsorientierte Bewusstseinsbildung hingewirkt wird. Das Handeln der Städte ist dabei z. B. im Bereich der Energieeinsparung und -effizienz nicht nur auf die eigenen Liegenschaften oder Infrastrukturen beschränkt. Vielmehr kann die Kommune auch Dritte wie Unternehmen, Vereine, Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen anregen und dadurch mittelbar zu Emissionsreduktionen beitragen. Denn wenn diese Akteure in energieeffiziente Anlagentechnik oder energetische Sanierung investieren, bringt auch dies Wertschöpfung

und Beschäftigung in die Kommune, sofern lokale Unternehmen mit der Ausführung beauftragt werden. Die Bandbreite der Finanzierungsansätze ist hier groß: von der Unterstützung und/oder Kooperation mit Bürgerenergiegenossenschaften, Stadtwerken oder kommunalen Wohnungsunternehmen über das Einwerben von finanziellen Mitteln für Veranstaltungen oder Veröffentlichungen via Sponsoring bis hin zur Einrichtung von Energieeffizienz- und Klimaschutzfonds.

Empfehlung: Flächen bedarfsgerecht gestalten

Um die mit der Schrumpfung der Kommunen einhergehenden Flächenverbräuche insgesamt zu reduzieren, müssen Maßnahmen getroffen werden, die die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner:in verringern. An dieser Stelle könnte das noch relativ unbekannt Instrument des Wohnungstausches zwischen Senioren und jungen Familien helfen, den Bedarfen der jeweiligen Bürger:innen gerechter zu werden und gleichzeitig die Wohnfläche zu reduzieren. Um einen solchen Wohnungstausch zum Erfolg zu führen, müssen Senioren mit persönlicher Ansprache zum Umzug motiviert werden, d.h. dass zum Beispiel Mitarbeiter:innen von städtischen Wohnungsunternehmen mit ihnen gemeinsam die neue Wohnung besichtigen, mit ihnen die Vor- und Nachteile abwägen und schließlich auch zusammen den Umzug planen.

Die Flächenindikatoren von SDG 11 zeigen auf, dass schrumpfende kleinere Kleinstädte grundsätzlich eine nachhaltige Flächennutzung fördern sollten. Dafür könnten Leitlinien einer lokal angepassten Flächensparpolitik als auch konkrete Schritte für die Verringerung der Flächenneuanspruchnahme oder die Neubelebung von Flächen mit Altlasten hilfreich sein. Durch eine Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, kann ein gemeinsamer Austauschprozess gestartet und gemeinsame Entwicklungsziele und Handlungsfelder festgelegt werden

Praxisbeispiele

„Quirnbach in Takt“ – Prävention von Hilfebedürftigkeit: Das Projekt „Quirnbach in Takt“ sorgt für die Prävention von Hilfebedürftigkeit im Alter, indem durch gezielte Unterstützung und soziale Aktivierung der Eintritt in die Pflegebedürftigkeit hinausgezögert wird. Das Projekt besteht aus zwei Bausteinen: Der Unterstützung im Alltag, die über die Pflegekasse abgerechnet werden kann und ein möglichst langes Wohnen in den eigenen vier Wänden ermöglicht, und dem Markttag. Letzterer sichert nicht nur die Grundversorgung, sondern schafft durch Mitmachaktionen, Kurzvorträge und gastronomische sowie kulturelle Angebote sozialen Austausch. So konnte sich der Markttag als Kommunikationszentrum etablieren und Mitbürgerinnen und Mitbürgern wieder besser in das soziale Dorfleben integriert werden.

Naturschutz hochklappen – Innovativer Lärmschutz als vertikale Ausgleichsmaßnahme: Wenn aus der Not eine Tugend wird: Um den Ort Nebelin vor dem Lärm einer neu entstehenden Raststätte abzuschirmen, musste die Gemeinde Karstädt eine Lärmschutzwand errichten. Anstatt jedoch auf eine konventionelle Lösung aus Beton zu setzen, wurde ein Lärmschutzprototyp in Lehmbautechnik entwickelt. Durch seine nachhaltige Bauweise mit unmittelbar entnommenem Bodenaushub wirkt er deutlich weniger disruptiv auf die natürliche Umgebung ein. Durch die Möglichkeit zur Begrünung ergibt sich gleichzeitig ein Beitrag zum Artenschutz. In die Entwicklung sind ein internationales Forschungsteam aus regionalen und überregionalen Bildungseinrichtungen sowie Spezialisten und Partnern der Region beteiligt, aber auch Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeinderat sind engagiert. In ihrer Funktion als Lärmschutz und vertikale Naturschutzmaßnahme birgt die Wand in der Prignitz das Potenzial zum europäischen Vorzeigeprojekt.

Fernwärme in Steyerberger Bürgerhand: Dass sich Fernwärme auch in größerem Stil auf dem Land realisieren lässt, zeigt die niedersächsische Gemeinde Steyerberg schon seit einigen Jahren erfolgreich mit einem von Bürgerinnen und Bürgern betriebenen Fernwärmeunternehmen. Größtenteils ausgehend von einem naheliegenden Chemiewerk wird Abwärme über 30km an bald 400 Anschlussnehmerinnen und Anschlussnehmer transportiert. Um die Verteilung der Wärme zu optimieren, wurden zusätzlich Glasfaserkabel verlegt, die nun Daten über Wärmelieferung und -verbrauch in ein Monitoringsystem einspeisen. Besonders an dem Projekt ist auch, dass zur Realisierung des Projektes eine Non-Profit-Genossenschaft gegründet wurde. Dort können nur Anschlussnehmerinnen und Anschlussnehmer Mitglied werden, wodurch Spekulation verhindert wird.

Indikatorendaten des Kommunaltyps

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	SDG-Indikator	Status 2017			Dynamik 2008-2017		
			Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
1	Keine Armut	SGBII-/ SGBXII-Quote	7,6	1,5	21,9	-18%	-69%	183%
		Armut - Kinderarmut	11,8	2,9	29,8	-13%	-72%	188%
		Armut - Jugendarmut	9,4	1,1	25,6			
		Armut - Altersarmut	1,9	0,7	4,9			
2	Kein Hunger							
3	Gesundheit							
4	Hochwertige Bildung	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	41,5	9,0	81,1			
5	Gleichstellung	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	93,1	69,7	118,8	10%	-31%	30%
6	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	Abwasserbehandlung	98,4	43,2	100,0			
7	Bezahlbare und saubere Energie							
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	Langzeitarbeitslosenquote	2,4	0,3	9,2	81%	-85%	1490%
		Beschäftigungsquote - 15- bis 64-jährige	62,5	24,0	74,0	15%	-57%	70%
		Beschäftigungsquote - 55- bis 64-jährige	51,3	19,2	64,4	43%	-50%	88%
		Aufstocker	27,6	12,2	45,6	-6%	-53%	62%
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	Existenzgründungen	4,6	0,8	9,5			
		Hochqualifizierte	7,8	2,1	19,4	13%	-61%	299%
10	Weniger Ungleichheiten	Beschäftigungsquote - Ausländer	61,4	11,5	136,4			
11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	Wohnfläche	48,9	38,5	68,6	15%	-2%	39%
		Verunglückte im Verkehr	4,1	0,9	12,5	18%	-67%	728%
		Flächeninanspruchnahme	12,9	5,1	41,5	10%	-52%	580%
		Flächenneuanspruchnahme	0,1	-1,1	3,2	42%	-4995%	3800%
		Flächennutzungsintensität	0,1	0,0	0,5	17%	-49%	633%
		Naherholungsflächen	12,2	1,3	64,9	70%	-39%	674%
12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster							
13	Maßnahmen zum Klimaschutz							
14	Leben unter Wasser							
15	Leben an Land	Naturschutzflächen	13,0	0,0	81,5	0%	-100%	63%
		Landschaftsqualität (Hemerobie)	4,1	2,5	5,2	0%	-10%	6%
		Unzerschnittene Freiraumflächen	13,9	0,0	89,6			
16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	Finanzmittelsaldo	93,5	-2207,0	1754,0	36%	-20550%	20700%
		Steuereinnahmen	780,2	418,9	3186,4	54%	-52%	166%
		Liquiditätskredite	268,1	0,0	4986,0			
17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele							

Legende der Wertangaben

<i>Formatierung</i>	Fett		Normalschrift		Gegraut		
	relativ hohe Homogenität		mäßige Homogenität		geringe Homogenität / nicht typisch		
	(deutlich geringere Varianz als in der Gesamtheit aller Städte und Gemeinden)		(geringere Varianz als in der Gesamtheit aller Städte und Gemeinden)		(ähnliche Varianz im Vergleich zur Gesamtheit aller Städte und Gemeinden)		
<i>Färbung</i>	Im Vergleich mit anderen Stadt- und Gemeindetypen in Bezug auf die Nachhaltigkeitsperspektive ist die Ausprägung						
	stark negativ	negativ	eher negativ	neutral	eher positiv	positiv	stark positiv